

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa und Nordamerika

Lateinamerika

Nahost und Nordafrika

Oktober 2015

www.kas.de

auch sehr emotionales Bild gekennzeichnet, das seinen Widerhall auch in den Sozialen Medien fand. Die Art und Weise, wie Deutschland und die Bundeskanzlerin derzeit wahrgenommen werden, haben 20 jugendliche Teilnehmer einer Fortbildung zur Beruflichen Bildung der KAS in Tunesien gezeigt, als sie im Anschluss an die Verteilung der Zertifikate spontan auf Deutsch skandiert haben: 'Wir schaffen das!' - auch im Netz ist dieser Satz der Kanzlerin mittlerweile überall präsent.

Bislang konnte noch keine besondere Fokussierung auf das Thema in den entwicklungspolitischen Runden festgestellt werden, was bis zu einem gewissen Grad auch an der politischen Sprachlosigkeit europäischer Entscheider liegen mag. Zum anderen erwartet insbesondere die Europäische Delegation ein erneutes Aufkommen der Thematik im Kontext der ALECA-Verhandlungen.

Im Fokus des tunesischen „Migrationsproblems“ stehen zum einen die Migranten aus Libyen, die in der Regel nicht als Flüchtlinge registriert sind und über eigene Mittel verfügen, die Infrastruktur des Landes aber belasten und deren Präsenz mehrere sozio-ökonomische Probleme verschärft (z.B. Ansteigen der Mietpreise, Auslastung der Bildungseinrichtungen). Zum anderen stellt die „Auswanderung“ und Rückkehr dschihadistischer Kämpfer nach Libyen, Syrien und Irak die tunesische Politik und Gesellschaft vor große Herausforderungen.

Europa – und gerade auch Deutschland – gilt nach wie vor weiten Teilen der tunesischen Jugend als Verheißung einer besseren Zukunft angesichts der stagnierenden Wirtschaftslage und fehlenden Vertrauens in eine rasche Entwicklung des eigens Landes (und dem daraus resultierenden Mangel an persönlichen Perspektiven). Indes gehen davon bisher nur wenige tatsächlich den Schritt hin zu einer illegalen Immigration nach Europa.

Türkei

Dr. Colin Dürkop (31.08.2015)

Flüchtlinge insbesondere aus Syrien und Afghanistan orientieren sich in Richtung Westen/Europa. Zunächst wollen die syrischen Flüchtlinge ihr Leben retten und fliehen in die Türkei. Nach einer bestimmten Aufenthaltsdauer versucht ein Teil der Flüchtlinge, von der Türkei in Richtung Europa zu fliehen. Hauptursachen für die Abwanderung sind bekannt: existenzielle Nöte wie auch Armut und der Glaube, in Europa ein besseres und sichereres Leben führen zu können.

Deutschland gilt auch für die Flüchtlinge in der Türkei als eines der bevorzugten Ziele. Ganz egal wie viele Abschottungs- und Verhinderungsmaßnahmen getroffen werden, die Abstimmung mit den Füßen ist nicht mehr aufzuhalten und auch in der Türkei geht man davon aus, dass die Wanderungsbewegungen Richtung EU sich fortsetzen werden.

Das Thema „Migration und Flucht“ ist vergleichsweise neu in der Türkei. Insbesondere der syrische Bürgerkrieg und seine Folgen haben diese Thematik inzwischen auch in der Türkei in den Fokus der Wahrnehmung gerückt. Lange Zeit war die Türkei ein Exportland für ihre Arbeitsbevölkerung und kein Zielland für Flüchtlinge und Migranten. So hat sich vor allem in den letzten Jahren das Phänomen der Migration zu einem wichtigen Thema in der Türkei entwickelt, das sowohl in den Medien als auch in den sozialen Netzwerken immer aktiver diskutiert wird. In diesem Zusammenhang beschäftigen sich die Medien vermehrt auch mit den zunehmend schwieriger werdenden sozialen Umständen der syrischen Flüchtlinge.

Migration und Flucht ist aber nicht nur ein soziales Thema, sondern vor allem auch ein politisches, ein wirtschaftliches und zunehmend auch gesellschaftliches Problem. Folglich wird die Lage der syrischen Flüchtlinge auch kontrovers in den Medien und der öffentlichen Diskussion thematisiert, je nach (partei-)politischer Ausrichtung. AKP-Anhänger und die Opposition bewerten die Lage auf sehr unterschiedliche Weise. Die Opposition übt herbe Kritik an der Regierung wegen ihrer Syrienpolitik, die die gegenwärtige Fluchtwelle erst provoziert haben soll. In diesem Zusammenhang wird einerseits das menschliche Leid kritisiert, ande-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika**

Oktober 2015

www.kas.de

rerseits aber werden die Syrer als solche z.T. als unerwünscht erklärt. Die Mehrheit der Bevölkerung empfindet aber Mitleid und Empathie mit den Flüchtlingen – das spiegelt sich auch in der Medienberichterstattung wider.

Das Thema Integration wird eigentlich erst seit knapp einem Jahr intensiv behandelt. Ursprünglich war man davon ausgegangen, dass die syrischen Flüchtlinge wieder in ihr Heimatland zurückkehren würden. Mittlerweile wird weithin akzeptiert, dass der überwiegende Teil der Syrer langfristig in der Türkei bleiben wird. Insbesondere die Studien von Dr. Murat Erdogan vom Zentrum für Migration und Politikanalyse der Hacettepe-Universität haben diesen Sachverhalt ins Bewusstsein gebracht. Über die Bewältigung dieses Themas wird in der Türkei auch in der nächsten Zukunft viel debattiert.

Da das Thema Migration und Integration zuvorderst ein politisches ist, wird es in allen politischen Parteien intensiv und kontrovers diskutiert. Die seit den letzten Wahlen angeschlagene Regierungspartei (AKP) verteidigt ihre Syrienpolitik indes vehement, wie auch die Präsenz der syrischen Flüchtlinge in der Türkei. Allerdings versucht die Regierungspartei, dieses „heiße Eisen“ soweit wie möglich in den Hintergrund zu drängen. Aus deutscher Sicht interessant ist, wie wenig dieses Thema im türkischen Wahlkampf für die Parlamentswahl am 7. Juni im Mittelpunkt des Interesses gestanden hat.

Zwar hatte der CHP-Chef Kemal Kılıçdaroğlu während seiner Wahlkampagne die Aufnahme von über zwei Millionen Syrern in die Türkei heftig kritisiert. Dabei operierte die CHP mit nationalistischen, ja fast schon rassistischen Argumenten, die an Pegida-Wortwahl erinnern. Jedoch zielte seine Kritik nicht auf die Syrer selbst ab, sondern vielmehr auf die Politik Staatspräsident Erdoğan. Er versprach im Falle eines Wahlsiegs, die Rückkehr der syrischen Flüchtlinge in ihre Heimat zu ermöglichen. Aber auch bei der größten Oppositionspartei stand das Flüchtlingsproblem als solches nicht im Vordergrund der Wahlkampfauseinandersetzung. Die rechtslastige MHP (Nationalistische Partei der Bewegung) bezieht in dieser Frage ganz ähnliche Positionen wie die CHP.

Bevor die Kurden aus Kobane in die Türkei flohen, waren die türkischen Kurden tendenziell eher gegen die syrischen Araber eingestellt - aber in der Folge hat die pro-kurdische Partei der Völker (HDP) mittlerweile die positivste Haltung gegenüber Flüchtlingen aus Syrien eingenommen.

Umgang mit Flüchtlingen in Deutschland

Einerseits ist zu konstatieren, dass die Ereignisse und Politik in Deutschland vor allem dann eine erhöhte Resonanz in der Türkei hervorrufen, wenn es sich um spektakuläre oder sensationelle Vorkommnisse handelt. So wurden beispielsweise die NSU-Morde und Ausschreitungen gegen Asylanten in Sachsen oder anderswo in Deutschland in den türkischen Medien intensiv thematisiert. Die Betrachtung aus türkischer Sicht fällt in diesem Zusammenhang im Allgemeinen negativ aus.

Andererseits ist und bleibt der Integrationsprozess insbesondere der Türkei stämmigen Bevölkerung in Deutschland in der Berichterstattung vor Ort ein Dauerthema. Zudem sind diese Migrationsgeschichte und die gemachten Erfahrungen für die Türkei als neues Aufnahme-land nunmehr zu einer wichtigen Erfahrung in Bezug auf die Syrer in der Türkei geworden.

Allgemein kommt Deutschland betreffend des Themas Integration in den türkischen Medien nicht sehr gut weg. Vor allem die Pegida-Bewegung, über die in den türkischen Medien oft berichtet wurde, wird von den Türken als ein Indiz gewertet, dass die Integration von Ausländern in Deutschland noch immer ein kontroverses Thema ist, das noch lange nicht einvernehmlich ausdiskutiert worden ist. Was die syrischen Flüchtlinge angeht, wurde Deutschland mehrfach kritisiert, bisher zu wenige Menschen aufgenommen zu haben. Auch ist der Vorschlag von Innenminister de Maizière bezüglich der Errichtung eines großen Flüchtlingslagers in der Nähe von Izmir (sowie auch in Griechenland und Italien), von wo aus Flüchtlinge künftig quotenweise in die EU-Staaten verteilt werden sollten, um diese zu

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa und Nordamerika

Lateinamerika

Nahost und Nordafrika

Oktober 2015

www.kas.de

entlasten, nicht auf fruchtbaren Boden gefallen. Eine Zeitung bewertete diesen Vorstoß gar als ein "unmoralisches Angebot" an die Adresse der Türkei.

„Willkommenskultur“ in der Türkei

Der Begriff „Willkommenskultur“ wird insbesondere in der deutschen Migrationspolitik und -forschung verwendet und wird im türkischen Kontext als eine eher künstliche Wortschöpfung bzw. Konzeption perzipiert. In der Türkei gibt es eine ganz ausgeprägte Kultur und Tradition des „Willkommen-heißens“, insbesondere auch für ausländische Gäste. So gelten die syrischen Flüchtlinge auch offiziell als „Gäste“ und als diese zu Beginn des Krieges in ihrem Heimatland in die Türkei kamen, waren sie anfangs ohne Einschränkungen willkommen. Sicherlich ist dies auch auf die kulturelle Nähe zurückzuführen sowie dem Umstand geschuldet, dass zwischen der Türkei und Syrien traditionell verwandtschaftliche Beziehungen über die Landesgrenzen hinweg bestehen. Doch mit der ständig anwachsenden Zahl der Flüchtlinge hat sich dieses Bild allmählich gewandelt. So sind sie vor allem in der türkischen Bevölkerung nicht mehr willkommen. Insbesondere der Umstand, dass sie in vielen Großstädten der Türkei mittlerweile schon das Stadtbild prägen, veranlasst Teile der türkischen Bevölkerung zu einem Nachlassen der Akzeptanz. Das liegt u.a. aber auch an einem ganz allgemein gültigen Phänomen, dass überall dort, wo sich die ansässige Bevölkerung an ihren Interessen bedroht fühlt, die sog. „Willkommenskultur“ in den Hintergrund tritt. Die momentane, angespannte Lage hat aber bislang noch zu keinen größeren Auseinandersetzungen oder Ausschreitungen in der Türkei geführt.

Die Studie *Syrians in Turkey: Social Acceptance and Integration Research* (Dezember 2014), die Dr. Murat Erdogan gemeinsam mit der KAS in Ankara durchgeführt hat, untermauert die dargestellte Entwicklung: auch wenn die türkische Gesellschaft mittlerweile unruhig und besorgt geworden ist, was die Anzahl der syrischen Flüchtlinge und deren Absorptionfähigkeit anbelangt, zeigen die Ergebnisse aber doch auch, dass die Akzeptanz der türkischen Gesellschaft insgesamt gesehen nach wie vor eher hoch ist. Und dies, obwohl die Türkei in den letzten vier Jahren über zwei Millionen Menschen aufgenommen hat (davon leben 87 Prozent außerhalb der Camps). Aber diese Situation könnte sich auch jederzeit ändern bzw. kippen, wie türkische Migrationsexperten vermehrt anmerken. So hat es bisher eine begrenzte Anzahl von Vorfällen gegen syrische Flüchtlinge gegeben. Aber wenn man diese mit den hohen Flüchtlingszahlen in Relation setzt, erscheinen diese Auseinandersetzungen eher vernachlässigbar. Dennoch kann davon ausgegangen werden, dass sich ähnliche Vorkommnisse auch in der Zukunft ereignen werden.

Umgang der staatlichen Institutionen mit den steigenden Flüchtlingszahlen

Es gibt große Bestrebungen, dass die staatlichen Institutionen die Flüchtlings-Entwicklung in den Griff bekommen. Generell lässt sich konstatieren, dass die Immigration und auch Integration von Flüchtlingen (noch) nicht immer in geordneten Bahnen verläuft. Die Zuständigkeiten für Flüchtlingsfragen liegen hauptsächlich bei der neuen „Generaldirektion für Migration“ (angesiedelt im Innenministerium). Der „Rote Halbmond“ und die staatliche Hilfsagentur im Amt des Ministerpräsidenten „AFAD“ sind in ihren jeweiligen Aufgabenbereichen zuständig für die Planung, Organisation, Finanzierung und logistische Bewältigung der Flüchtlingsströme. Bisher hat die Türkei über vier Milliarden Euro für die Finanzierung der syrischen Flüchtlinge vor allem in den Flüchtlingslagern aufgewendet. Diese gelten als vorbildlich und alle politischen Besucher beteuern immer wieder, dass die Türkei hier Großes geleistet hat.

Die Registrierung der Flüchtlinge soll laut AFAD-Angaben mittlerweile abgeschlossen sein. Allerdings konnte die Mehrzahl der Flüchtlinge nicht in Lagern untergebracht werden. Sie leben überall im Land weit zerstreut. Über diese Lage Herr zu werden ist fast unmöglich. Deshalb kann man nicht (mehr) von einer „ordentlichen Kontrolle“ sprechen. Von den Flüchtlingen leben nur ca. 13% in Camps – zurzeit etwa 270.000. Der Rest der Menschen verteilt sich auf verschiedene Provinzen. So halten sich z.B. in Şanlıurfa ca. 500.000 und in

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika**

Oktober 2015

www.kas.de

Istanbul 400.000 Syrer auf. In der kleinen Grenzprovinz Kilis leben mittlerweile mehr Flüchtlinge als die dort ansässige Wohnbevölkerung.

Indessen kann man syrische Flüchtlinge auch in fast in allen urbanen Zentren der Türkei antreffen. Viele haben ihre Lager in Richtung der großen Städte verlassen mit der Folge, dass sie dann außerhalb der staatlichen Kontrolle leben. Viele Flüchtlinge - vor allem Kinder - betteln auf den Straßen oder versuchen, sich mit kleinen Jobs etwas Geld zu verdienen (z. B. für das ungebetene Waschen von Autoscheiben während die Verkehrsampeln auf „rot“ stehen).

Ein Problem ist, dass das Flüchtlingsthema lange Zeit als eine vorübergehende Erscheinung eingestuft wurde. Die Behörden arbeiteten dementsprechend „reaktiv“. Die Regierung hat schlussendlich eingesehen, dass ein Großteil der Syrer im Land bleiben wird. Daher werden von nun an nicht mehr nur Soforthilfe-Programme gefahren, sondern nach und nach proaktiv Programme zur Integration ins Leben gerufen. Es bedarf enormer Anstrengungen und dies ist sicherlich auch der Grund dafür, dass es in der Türkei bisher noch nicht zu vielen Vorfällen gekommen ist. Mit der Aufnahme der syrischen Flüchtlinge versucht die Türkei letztendlich auch Entwicklungspolitik im eigenen Land zu betreiben. Ferner hat die Türkei hat seit 2014 den Vorsitz des „Global Forum on Migration and Development“ inne. Das Außenministerium legt großen Wert auf dieses Gremium und Mitte Oktober findet eine groß angelegte Konferenz in Istanbul statt. Das neue globale Phänomen der „Transmigration“ wird in diesem Kontext unter entwicklungspolitischen Gesichtspunkten debattiert.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass Migration in der Türkei zurzeit durchaus als ein sehr großes Problem wahrgenommen, aber nicht unbedingt als das größte Problem des Landes. Momentan stehen der Kampf gegen den alltäglichen Terror, die anstehenden Neuwahlen am 1. November sowie der Kurdenkonflikt an erster Stelle. Und im Gegensatz zu den EU-Ländern besteht nach wie vor eine nicht vergleichbare positive Grundhaltung gegenüber den syrischen Flüchtlingen. Die o.a. Zahlen und Umstände belegen diese unterschiedliche Ausgangssituation.



**Konrad
Adenauer
Stiftung**

Impressum

Konrad Adenauer Stiftung e.V.
Hauptabteilung Europäische und
Internationale Zusammenarbeit

Ansprechpartner:

Martina Kaiser
Referentin Europapolitik
Europäische und Internationale
Zusammenarbeit

Klingelhöferstraße 23
10785 Berlin
Tel. +49 30 26996-3579
Mail: martina.kaiser@kas.de